

Eine israelische Denkfabrik entwirft einen Plan für die vollständige ethnische Säuberung des Gazastreifens

Jonathan Ofir, mondoweiss.net

Ein israelischer Thinktank, der dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu nahesteht, veröffentlichte am 17. Oktober eine Erklärung, in dem er die „einzigartige und seltene Gelegenheit“ für die „Umsiedlung und endgültige Regelung für die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens“ propagiert.

Aktualisierung, 24. Oktober 2023

Nachdem dieser Artikel erstmals veröffentlicht wurde, berichtete das israelische Magazin *Calcalist* 1 über einen anderen Plan für die ethnische Säuberung des Gazastreifens, der vom israelischen Geheimdienstministerium unter der Leitung von Gila Gamliel in Umlauf gebracht wurde. Das durchgesickerte Dokument wurde Berichten zufolge für eine Organisation namens „The Unit for Settlement - Gaza Strip“ erstellt und war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Der vom Geheimdienstministerium vorgeschlagene Plan sieht vor, dass die Palästinenser aus dem Gazastreifen auf die nordägyptische Sinai-Halbinsel umgesiedelt werden. In dem Bericht beschreibt das Ministerium verschiedene Optionen für die Zeit nach einer Invasion des Gazastreifens. Die Option, die als „geeignet angesehen wird, positive und dauerhafte strategische Ergebnisse zu liefern“, ist die Umsiedlung der Bewohner des Gazastreifens auf den Sinai. Der Umzug umfasst drei Schritte: die Errichtung von Zeltstädten südwestlich des Gazastreifens, den Bau eines humanitären Korridors zur „Unterstützung der Bewohner“ und schließlich den Bau von Städten im nördlichen Sinai. Parallel dazu soll innerhalb Ägyptens, südlich der israelischen Grenze, eine mehrere Kilometer breite „sterile Zone“ eingerichtet werden, „damit die evakuierten Bewohner nicht zurückkehren können“.

Darüber hinaus wird in dem Dokument, ähnlich wie in dem in der Originalmeldung unten beschriebenen Plan, zur Zusammenarbeit mit anderen Ländern aufgerufen, und zwar „mit so vielen wie möglich“, damit diese die aus dem Gazastreifen entwurzelten Palästinenser „aufnehmen“ können. Zu den Ländern, die als mögliche Standorte für Palästinenser aus dem Gazastreifen genannt werden, gehören Kanada, europäische Länder wie Griechenland und Spanien sowie nordafrikanische Länder.

Ursprünglicher Artikel

Der Angriff der Hamas auf israelische Städte im Gazastreifen am 7. Oktober lieferte den Vorwand für einen beispiellosen, völkermörderischen Rachefeldzug Israels, bei dem inzwischen fast 5.000 Palästinenser, darunter über 2.000 Kinder, [Stand 28.10. sind es mehr als 7000 Opfer] massakriert wurden – und das könnte erst der Anfang sein. Jetzt propagiert eine israelische Denkfabrik mit

Verbindungen zum israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu Pläne für eine vollständige ethnische Säuberung des Gazastreifens.

Am 17. Oktober veröffentlichte das *Misgav-Institut* für nationale Sicherheit und zionistische Strategie ein Positionspapier (PDF) 2, in dem die „Umsiedlung und endgültige Regelung für die gesamte Bevölkerung von Gaza“ befürwortet wird. Der Bericht spricht sich dafür aus, die aktuelle Situation auszunutzen, um ein seit langem verfolgtes zionistisches Ziel zu erreichen: die Umsiedlung der Palästinenser aus dem historischen Palästina. Der Untertitel des Berichts macht es deutlich: „Im Moment gibt es eine einzigartige und seltene Gelegenheit, den gesamten Gazastreifen in Abstimmung mit der ägyptischen Regierung zu evakuieren.“

Das *Misgav-Institut* wird vom ehemaligen nationalen Sicherheitsberater Netanjahus, Meir Ben Shabbat 3, geleitet, der in israelischen Sicherheitskreisen weiterhin einflussreich ist. Zu den ehemaligen Vorsitzenden und Gründungsmitgliedern des Instituts gehören folgende Personen: Yoaz Hendel (Vorsitz 2012-19) 2, ein Rechtsaußen, der in den Jahren 2020-22 zeitweise Kommunikationsminister war, Moshe Yaalon, ehemaliger Verteidigungsminister (wobei zu beachten ist, dass sowohl Hendel als auch Yaalon in den letzten Jahren in Opposition zu Netanjahu getreten sind), Moshe Arens, ebenfalls ehemaliger Verteidigungsminister, und andere hochrangige politische Persönlichkeiten.

Die Hauptaussagen des Berichts, die das Institut bei der Veröffentlichung des Berichts in den sozialen Medien hervorhob, lauten wie folgt:

- Es bedarf eines sofortigen, tragfähigen Plans für die Umsiedlung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau der gesamten arabischen Bevölkerung im Gaza-Streifen, der den geopolitischen Interessen Israels, Ägyptens, der USA und Saudi-Arabiens entgegenkommt.
- Im Jahr 2017 wurde berichtet, dass es in Ägypten 10 Millionen verfügbare Wohneinheiten gibt, von denen die Hälfte fertiggestellt und 50 Prozent im Bau sind. So gibt es beispielsweise in zwei der größten Kairoer Satellitenstädte, „October 6“ und „Ramadan 10“, eine immense Anzahl errichteter und leerstehender Wohnungen in staatlichem und privatem Besitz sowie leere Baugrundstücke, die insgesamt für die Unterbringung von etwa 6 Millionen Einwohnern ausreichen würden.
- Die durchschnittlichen Kosten für eine Dreizimmerwohnung von 95 Quadratmetern für eine durchschnittliche Familie von 5 bis 14 Personen aus dem Gazastreifen in einer der beiden genannten Städte belaufen sich auf 19.000 Dollar. Legt man die Gesamtbevölkerung des Gazastreifens zugrunde, die sich auf 1,4 bis 2,2 Millionen Menschen beläuft, kann man davon ausgehen, dass der Betrag, der zur Finanzierung an Ägypten überwiesen werden müsste, etwa 5 bis 8 Milliarden Dollar betragen würde.
- Eine ermutigende Finanzspritze für die ägyptische Wirtschaft in dieser Größenordnung würde dem Regime von [Ägyptens Präsident] El-Sisi einen enormen und unmittelbaren Vorteil verschaffen. Verglichen mit der israelischen Wirtschaft sind solche Geldsummen verschwindend gering. Die Investition von nur ein paar Milliarden Dollar (selbst wenn es 20 oder 30

Milliarden Dollar sind), um dieses schwierige Problem zu lösen, ist eine innovative, billige und praktikable Lösung.

- Es besteht kein Zweifel daran, dass für die Verwirklichung dieses Plans viele Bedingungen gleichzeitig erfüllt sein müssen. Im Moment sind diese Voraussetzungen gegeben, und es ist unklar, wann sich eine solche Gelegenheit wieder bieten wird, wenn überhaupt.

Es hat den Anschein, dass dieser Plan zur ethnischen Säuberung auf einer ähnlichen Logik beruht wie das „Abraham-Abkommen“, bei dem es darum ging, riesige Summen an Regime zu überweisen, um die palästinensische Frage zu lösen. Diesmal geht es jedoch nicht nur um eine langsame Annexion und Bantustanisierung durch „wirtschaftlichen Frieden“, sondern um die Befürwortung eines vollständigen Bevölkerungstransfers der Palästinenser aus Gaza.

Frühere Aufrufe zur ethnischen Säuberung

Es ist nicht das erste Mal, dass israelische Analysten oder sogar Politiker Vorschläge für eine vollständige ethnische Säuberung gemacht haben. Mitten im Gaza-Angriff 2014 schickte Moshe Feiglin, der damals dem *Likud* angehörte und stellvertretender Vorsitzender der Knesset war, Netanjahu einen öffentlichen 7-Punkte-Vorschlag für die ethnische Säuberung des Gazastreifens. Er wiederholte diese völkermörderische Empfehlung im Jahr 2018. Feiglin ist jetzt ein „libertärer“ Politiker. In einem kürzlichen Interview auf Kanal 14 forderte Feiglin ein „Dresden“ für Gaza (in Anspielung auf die Brandbombenangriffe auf Dresden im Februar 1945, bei denen etwa 25.000 Menschen ums Leben kamen) – „einen Feuersturm auf ganz Gaza“, verkündete er und forderte, „keinen Stein auf dem anderen zu lassen“, er propagierte „totales Feuer“ und „das Ende der Enden“.

Die Denkweise des *Misgav-Instituts* hat sich auch in der israelischen Intelligenz niedergeschlagen. Im Jahr 2004 schockierte der angesehene israelische Historiker Benny Morris ⁶, der sich selbst als Linker bezeichnet, viele, indem er beklagte, dass Ben Gurion die Arbeit nicht „zu Ende gebracht“ und die vollständige ethnische Säuberung der Palästinenser vollzogen habe, da dies zu weniger Konflikten in den darauf folgenden Jahrzehnten geführt hätte. Aber er sagte auch, dass ein „Transfer- und Vertreibungspolitik“ nur eine Frage der Zeit und des Timings sei. Morris argumentierte, dass eine solche Politik in „normalen“ Zeiten unmoralisch sein kann – aber unter „apokalyptischen Umständen“ kann sie sowohl moralisch als auch „vernünftig“ und „sogar notwendig“ sein. Aus seinem Interview in *Haaretz*:

„Wenn Sie mich fragen, ob ich den Transfer und die Vertreibung der Araber aus der Westbank, dem Gazastreifen und vielleicht sogar aus Galiläa und dem Dreiländereck unterstütze, dann sage ich, dass ich das im Moment nicht tue. Ich bin nicht bereit, mich an einem solchen Akt zu beteiligen. Unter den gegenwärtigen Umständen ist das weder moralisch noch realistisch. Die Welt würde es nicht zulassen, die arabische Welt würde es nicht erlauben, es würde die jüdische Gesellschaft von innen heraus zerstören. Aber ich bin bereit, Ihnen zu sagen, dass ich mir unter anderen, apokalyptischen Umständen, die in fünf oder zehn Jahren eintreten könnten, Vertreibungen vorstellen kann.“

Der *Misgav-Bericht* scheint also nicht nur dafür zu plädieren, die palästinensische Bevölkerung gewaltsam aus dem Gazastreifen zu vertreiben, sondern auch dafür, dass dies – ähnlich wie die von Morris dargelegten Bedingungen – eine historische Gelegenheit dazu ist.

Israelische Unterstützung

Seit dem 7. Oktober ist der Ruf nach der Zerstörung des Gazastreifens in der israelischen Führung weit verbreitet und findet auch in der Bevölkerung breite Zustimmung. Am 12. Oktober veröffentlichte der israelische Channel 12 einen Bericht darüber, wie der Wunsch nach ethnischer Säuberung des Gazastreifens in der israelischen Populärkultur Fuß gefasst hat:

„Menschen von der politischen Linken und aus der Mitte haben diese Woche dazu aufgerufen, den Gazastreifen platt zu machen. Ein sehr kurzes Posting, in dem von einer Natur-Party fantasiert wurde, die auf dem ehemaligen Gaza-Land stattfinden sollte, erhielt 100.000 Likes und 60.000 Shares“. Die junge Frau aus Tel Aviv, die auf Instagram gepostet hatte, hatte nur 700 Follower, doch dann „explodierte“ ihr Posting. Sie behauptet, eine Zentristin zu sein, die „die Menschenrechte immer geheiligt hat, Mitgefühl ist das erste Gefühl, das in mir aktiviert wird“, sagt sie. „Ich will keine Babys aus dem Gazastreifen töten, ich habe Araber nie gehasst und es ist nicht so, dass ich diese Woche angefangen habe, sie zu hassen. Aber nach dem, was passiert ist, sage ich den Bewohnern des Gazastreifens: Eure Babys sind euer Problem“.

Diese Stimmung scheint sich gut mit den weit verbreiteten Forderungen israelischer Politiker nach einer kollektiven Strafaktion zu decken, die aus dem gesamten politischen Spektrum kommen, einschließlich derjenigen, die als zentristisch oder liberal gelten.

Während die Augen der Welt auf den Gazastreifen gerichtet sind, findet in der Westbank ebenfalls eine ethnische Säuberung durch israelische Siedler und Soldaten statt. Der Terror gegen meist ländliche palästinensische Gemeinden in der Westbank hatte bereits vor dem 7. Oktober zur Entwurzelung mehrerer Gemeinden geführt, hat sich aber seither stark beschleunigt. Nach Angaben des *West Bank Protection Consortium (WBPC)* und der israelischen Menschenrechtsorganisation *Yesh Din* (zitiert von *Al Jazeera*) wurden seit dem 7. Oktober etwa 545 Palästinenser aus mindestens 13 Gemeinden gewaltsam vertrieben.

Die mörderischen Siedlerangriffe auf Palästinenser in der Westbank haben verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit erregt, wie zum Beispiel die Ermordung von vier Palästinensern in Qusra am 11. Oktober und dann die Ermordung eines palästinensischen Vaters und seines Sohnes bei der Beerdigung. 11 Die Zahl der getöteten Palästinenser in der Westbank seit dem 7. Oktober nähert sich 100 [28.10.23: 104] – in zwei Wochen – ein unvorstellbares Tempo.

Die Zeiten sind also für die Palästinenser außerordentlich gefährlich. Der Hamas-Anschlag scheint die seit langem bestehende zionistische Wünsche neu zu entfachen, und nun wollen einige diese öffentliche Stimmung ausnutzen, um eine massive ethnische Säuberungskampagne zu unterstützen. Das bedeutet nicht, dass dies auf einmal geschehen wird, aber wie erwähnt, hat es an einigen Orten bereits begonnen.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2023/10/israeli-think-tank-lays-out-a-blueprint-for-the-complete-ethnic-cleansing-of-gaza/>

1 https://www.calist.co.il/local_news/article/rj2mplngp (hebräisch)

2 <https://www.izs.org.il/> (Diese Website scheint inzwischen entfernt worden zu sein, das Institut kündigt eine Neuveröffentlichung an...)

3 <https://www.israelhayom.com/writer/meir-ben-shabbat/>

4 <https://mondoweiss.net/2017/08/hendels-revenge-palestinians/>

5 <https://www.haaretz.com/2013-03-17/ty-article/.premium/netanyahu-gives-yaalon-defense/0000017f-dc8f-db22-a17f-fcbf8c3d0000>

6 <https://mondoweiss.net/2016/10/cleansing-becomes-israeli/>

7 <https://www.mako.co.il/culture-weekend/Article-daab7aabf542b81026.htm>

8 <https://mondoweiss.net/2023/10/israeli-politician-the-children-of-gaza-have-brought-this-upon-themselves/>

9 <https://www.aljazeera.com/news/2023/10/20/silent-annexation-settlers-dispossess-west-bank-bedouins-amid-israel-war>

11 <https://www.middleeastmonitor.com/20231013-israeli-settlers-kill-father-and-son-in-nablus/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Ministerium der israelischen Regierung empfiehlt: Vertreibt alle Palästinenser aus dem Gazastreifen

Yuval Abraham, 972.mag, 30.10.23

Ein Dokument des Ministeriums für den Geheimdienst, das von *Local Call* und *+972.mag* veröffentlicht wurde, belegt, dass die Idee eines Bevölkerungstransfers in den Sinai offiziell diskutiert wird.

Das israelische Nachrichtendienstministerium empfiehlt die gewaltsame und dauerhafte Umsiedlung der 2,2 Millionen palästinensischen Bewohner des Gazastreifens auf die ägyptische Sinai-Halbinsel. Dies geht aus einem offiziellen Dokument hervor, das die Partnerwebsite von *+972, Local Call*, gestern zum ersten Mal in vollem Umfang veröffentlichte.

Die Autoren der Studie stellten fest, dass die Einbindung der Palästinensischen Autonomiebehörde in den Gazastreifen die gefährlichste der drei Optionen sei, da sie zur Gründung eines palästinensischen Staates führen könnte.

Das 10-seitige Dokument, das das Datum 13. Oktober 2023 trägt, ist mit dem Logo des Nachrichtendienstministeriums versehen – einer kleinen Regierungsbehörde, die politische Untersuchungen vornimmt und ihre Vorschläge an Nachrichtendienste, die Armee und andere Ministerien weitergibt. Es bewertet drei Optionen für die Zukunft der Palästinenser im Gazastreifen im Zusammenhang mit dem derzeitigen Krieg und empfiehlt einen vollständigen Bevölkerungstransfer als bevorzugte Vorgehensweise.

Außerdem wird der Staat Israel aufgefordert, die internationale Gemeinschaft zur Unterstützung dieses Vorhabens heranzuziehen. Das Dokument, dessen Authentizität vom Ministerium bestätigt wurde, wurde auf *+972* vollständig ins Englische übersetzt. ¹

Die Existenz des Dokuments bedeutet nicht unbedingt, dass seine Empfehlungen vom israelischen Verteidigungsministerium berücksichtigt werden. Trotz seines Namens ist das Nachrichtendienstministerium nicht direkt für einen Nachrichtendienst zuständig, sondern erstellt unabhängig Studien und Strategiepapiere, die an die israelische Regierung und die Sicherheitsbehörden zur Prüfung verteilt werden, aber nicht bindend sind. Der Jahreshaushalt des Ministeriums beläuft sich auf 25 Millionen NIS, und sein Einfluss gilt als relativ gering. Es wird derzeit von Gila Gamliel geleitet, einem Mitglied der *Likud*-Partei von Premierminister Benjamin Netanjahu.

Die Tatsache, dass ein israelisches Ministerium inmitten einer groß angelegten Militäroffensive gegen den Gazastreifen, nach dem tödlichen Angriff der Hamas und den Massakern in süd israelischen

Gemeinden am 7. Oktober einen solch detaillierten Vorschlag ausgearbeitet hat, zeigt jedoch, dass die Idee eines erzwungenen Bevölkerungstransfers auf die Ebene der offiziellen politischen Diskussion gehoben wird.

Die Angst vor solchen Plänen – die nach internationalem Recht ein schweres Kriegsverbrechen darstellen würden – ist in den vergangenen Wochen gewachsen, vor allem nachdem die israelische Armee rund eine Million Palästinenser aufgefordert hatte, den nördlichen Gazastreifen zu evakuieren, bevor die Bombardierung eskaliert und immer mehr Angriffe am Boden erfolgen.

Das Dokument empfiehlt, dass die israelische Regierung während des Krieges „die Zivilbevölkerung auf den Sinai evakuiert“; Zeltstädte und später dauerhaftere Städte im nördlichen Sinai errichtet, die die vertriebene Bevölkerung aufnehmen; und dann „eine sterile Zone von mehreren Kilometern ... innerhalb Ägyptens schafft sowie die Rückkehr der Bevölkerung zu Aktivitäten/Wohnsitzen nahe der Grenze zu Israel [verhindert]“. Gleichzeitig müssen die Regierungen auf der ganzen Welt, allen voran die Vereinigten Staaten, mobilisiert werden, um die Maßnahme umzusetzen.

Eine Quelle im Geheimdienstministerium bestätigte gegenüber *Local Call*/+972, dass das Dokument authentisch sei, dass es von der politischen Abteilung des Ministeriums an das Verteidigungsministerium weitergeleitet wurde und „nicht für die Medien bestimmt war“.

Machen Sie deutlich, dass es keine Hoffnung auf Rückkehr gibt

Das Dokument empfiehlt unmissverständlich und ausdrücklich den Transfer palästinensischer Zivilisten aus dem Gazastreifen als gewünschtes Ergebnis des Krieges. Über die Existenz des Plans wurde erstmals letzte Woche in der israelischen Wirtschaftszeitung *Calcalist* berichtet, der vollständige Text des Dokuments ist dort veröffentlicht und übersetzt.

Der Transferplan ist in mehrere Phasen unterteilt. In der ersten Phase müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit die Bevölkerung des Gazastreifens nach Süden evakuiert wird, während sich die Luftangriffe auf den nördlichen Gazastreifen konzentrieren. In der zweiten Phase wird ein Bodenangriff auf den Gazastreifen beginnen, der die Besetzung des gesamten Streifens von Norden bis Süden und die „Säuberung der unterirdischen Bunker der Hamas-Kämpfer“ als Folge haben wird.

Gleichzeitig mit der Wiederbesetzung des Gazastreifens werden palästinensische Zivilisten auf ägyptisches Gebiet gebracht und dürfen nicht zurückkehren. „Es ist wichtig, die Reisewege nach Süden offen zu lassen, um die Evakuierung der Zivilbevölkerung in Richtung Rafah zu ermöglichen“, heißt es in dem Dokument.

Einem Beamten des Nachrichtendienstministeriums zufolge stehen die Mitarbeiter des Ministeriums hinter diesen Empfehlungen. Die Quelle betonte, dass die Untersuchungen des Ministeriums „nicht auf militärischen Erkenntnissen beruhen“ und lediglich als Grundlage für Diskussionen innerhalb der Regierung dienen.

In dem Dokument wird vorgeschlagen, eine Kampagne für die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu starten, um sie zu motivieren, diesen Plan zu akzeptieren und sie dazu zu bringen, ihr

Land aufzugeben. „Die Botschaften sollten sich um den Verlust von Land drehen und deutlich machen, dass es keine Hoffnung auf eine Rückkehr in die Gebiete gibt, die Israel bald besetzen wird, ob das nun stimmt oder nicht. Das Bild muss lauten: ‚Allah hat dafür gesorgt, dass ihr dieses Land wegen der Hamas-Führung verliert – es gibt keine andere Wahl, als mit der Unterstützung eurer muslimischen Brüder an einen anderen Ort zu ziehen‘, heißt es in dem Dokument.

Darüber hinaus fordert das Dokument die Regierung auf, eine öffentliche Kampagne in der westlichen Welt zu führen, um den Transferplan „auf eine Art und Weise zu fördern, die Israel nicht aufstachelt oder verunglimpft“. Dies soll dadurch geschehen, dass die Vertreibung der Bevölkerung des Gazastreifens als humanitäre Notwendigkeit dargestellt wird, um internationale Unterstützung zu gewinnen. Es soll argumentiert werden, dass die Umsiedlung zu „weniger Opfern unter der Zivilbevölkerung führen wird, verglichen mit den zu erwartenden Verlusten, wenn die Bevölkerung bleibt.“

In dem Dokument heißt es auch, dass die Vereinigten Staaten in den Prozess einbezogen werden sollten, um Druck auf Ägypten auszuüben, die palästinensischen Bewohner des Gazastreifens aufzunehmen, und dass andere europäische Länder – insbesondere Griechenland und Spanien – sowie Kanada bei der Aufnahme und Ansiedlung der palästinensischen Flüchtlinge helfen sollten. Nach Angaben des Geheimdienstministeriums wurde das Dokument noch nicht offiziell an US-Beamte verteilt, sondern nur an die israelische Regierung und die Sicherheitsbehörden.

Eine breitere politische Diskussion

Letzte Woche veröffentlichte das *Misgav-Institut*, eine rechtsgerichtete Denkfabrik unter der Leitung von Meir Ben-Shabbat, einem engen Mitarbeiter von Premierminister Netanjahu und ehemaligen Leiter des israelischen Nationalen Sicherheitsrats, ein Positionspapier, in dem ebenfalls der Zwangstransfer der Bevölkerung des Gazastreifens in den Sinai gefordert wurde. Das Institut löschte den Beitrag kürzlich von Twitter und von seiner Website, nachdem es international heftige Kritik geerntet hatte.

Die gelöschte Studie wurde von Amir Weitmann verfasst, einem *Likud*-Aktivisten und nach Angaben von Quellen, die mit ihm vertraut sind, einem engen Mitarbeiter von Geheimdienstministerin Gila Gamliel. Letzte Woche interviewte Weitmann auf einer Facebook-Seite mit dem Namen „The Plan to Rehabilitate Gaza in Egypt“ den Likud-Abgeordneten Ariel Kallner, der ihm sagte, dass „die von Ihnen vorgeschlagene Lösung, die Bevölkerung nach Ägypten umzusiedeln, eine logische und notwendige Lösung ist“.

Dies ist nicht die einzige Verbindung zwischen dem *Likud*, dem Geheimdienstministerium und der rechtsgerichteten Denkfabrik. Vor etwa einem Monat versprach das Geheimdienstministerium, etwa 1 Million NIS aus seinem Haushalt an das *Misgav-Institut* zu überweisen, um Forschungen über arabische Länder anzustellen. Falls das *Misgav-Institut* in irgendeiner Weise an der Ausarbeitung der Empfehlungen des Ministeriums für den Gaza-Transfer beteiligt war, erscheint zumindest sein Logo nicht auf dem Dokument.

Quellen im Nachrichtendienstministerium erklärten, der Gaza-Bericht sei eine unabhängige Studie, die von der politischen Abteilung des Ministeriums ohne die Mitarbeit einer externen Partei angefertigt wurde. Sie bestätigten jedoch, dass das Ministerium seit kurzem mit dem *Misgav-Institut* zusammenarbeitet, und betonten, dass die Regierungsbehörde mit verschiedenen Forschungsgruppen mit unterschiedlichen politischen Zielen kooperiert. Das *Misgav-Institut* hat noch nicht auf Anfragen für diesen Artikel geantwortet.

Darüber hinaus wurde das Dokument des Geheimdienstministeriums zuerst in einer kleinen internen WhatsApp-Gruppe rechter Aktivisten bekannt, die zusammen mit dem *Likud*-Anwalt Whiteman die Wiedererrichtung israelischer Siedlungen im Gazastreifen und die Umsiedlung der dort lebenden Palästinenser befürworten.

Einem dieser Aktivisten zufolge gelangte das Dokument des Geheimdienstministeriums durch die Vermittlung einer „*Likud*-Quelle“ zu ihnen, und seine öffentliche Verbreitung steht im Zusammenhang mit dem Versuch, herauszufinden, ob „die israelische Öffentlichkeit bereit ist, Ideen eines Transfers aus dem Gazastreifen zu akzeptieren“.

Die bevorzugte Option

Die Chancen für die vollständige Umsetzung eines solchen Plans, der auf eine vollständige ethnische Säuberung des Gazastreifens hinauslaufen würde, sind in vielerlei Hinsicht gering. Der ägyptische Präsident Abdel Fattah el-Sisi hat erklärt, dass er die Öffnung des Rafah-Übergangs zur Aufnahme der palästinensischen Bevölkerung aus dem Gazastreifen entschieden ablehnt. Er argumentierte, dass die Umsiedlung von Palästinensern in den Sinai den Frieden zwischen Israel und Ägypten gefährden würde, und warnte, dass dies dazu führen würde, dass Palästinenser ägyptisches Gebiet als Basis für weitere bewaffnete Auseinandersetzungen mit dem Staat Israel nutzen würden. Ein ähnlicher Plan wurde bereits in der Vergangenheit von israelischen Beamten vorgestellt, doch auch er war bisher nicht zu einer ernsthaften politischen Diskussion gereift.

Nach wochenlangen Berichten, wonach die Vereinigten Staaten die Möglichkeit einer Umsiedlung von Palästinensern nach Ägypten im Rahmen eines „humanitären Korridors“ ins Gespräch bringen wollten, erklärte US-Präsident Joe Biden gestern, er und Sisi seien entschlossen, „sicherzustellen, dass die Palästinenser im Gazastreifen nicht nach Ägypten oder in eine andere Nation umgesiedelt werden“.

In dem Dokument des Geheimdienstministeriums heißt es, dass Ägypten „völkerrechtlich verpflichtet ist, die Durchreise der Bevölkerung zu ermöglichen“, und dass die Vereinigten Staaten zu diesem Prozess beitragen können, indem sie „Druck auf Ägypten, die Türkei, Katar, Saudi-Arabien und die VAE ausüben, damit diese sich an der Initiative beteiligen, entweder mit Ressourcen oder mit der Aufnahme von Vertriebenen“. Außerdem wird vorgeschlagen, eine gezielte öffentliche Kampagne in der arabischen Welt zu führen, in deren Mittelpunkt die Botschaft steht, den palästinensischen Brüdern zu helfen und sie zu rehabilitieren, selbst um den Preis eines Tons, der Israel tadelt oder sogar schadet“.

Schließlich stellt das Dokument fest, dass die „groß angelegte Migration“ von Nichtkombattanten aus Kampfgebieten ein „natürliches und erwünschtes Ergebnis“ ist, das auch in Syrien, Afghanistan und der Ukraine eingetreten ist, und kommt zu dem Schluss, dass nur die Ausweisung der palästinensischen Bevölkerung „eine angemessene Antwort [darstellt], die es ermöglicht, eine bedeutende Abschreckung in der gesamten Region zu schaffen.“

Im Dokument werden zwei weitere Optionen vorgestellt, wie mit den Bewohnern des Gazastreifens nach dem Krieg verfahren werden soll. Die erste sieht vor, dass die Palästinensische Autonomiebehörde (PA), die in der besetzten Westbank von der *Fatah*-Partei geführt wird, den Gazastreifen unter israelischer Schirmherrschaft regiert. Die zweite besteht darin, eine andere „lokale arabische Behörde“ als Alternative zur Hamas aufzubauen. Beide Optionen, so heißt es in dem Dokument, sind aus strategischer und sicherheitspolitischer Sicht für Israel unerwünscht und würden keine ausreichende Abschreckung darstellen, insbesondere nicht für die Hisbollah im Libanon.

Die Autoren der Studie stellten außerdem fest, dass die Einbindung der Palästinensischen Autonomiebehörde in den Gazastreifen die gefährlichste der drei Optionen sei, da sie zur Gründung eines palästinensischen Staates führen könnte. „Die Spaltung der palästinensischen Bevölkerung in Judäa und Samaria und im Gazastreifen ist heute eines der Haupthindernisse für die Gründung eines palästinensischen Staates. Es ist unvorstellbar, dass das Ergebnis dieses Angriffs [der Hamas-Massaker vom 7. Oktober] ein noch nie dagewesener Sieg für die palästinensische Nationalbewegung und ein Weg zur Gründung eines palästinensischen Staates sein wird“, heißt es in dem Dokument.

Das Dokument argumentiert weiter, dass das Modell einer israelischen Militärregierung und einer zivilen Regierung der Palästinensischen Autonomiebehörde, wie es in der Westbank existiert, in Gaza wahrscheinlich scheitern wird. „Es gibt keine Möglichkeit, eine effektive militärische Besetzung im Gazastreifen nur auf der Grundlage einer militärischen Präsenz ohne [israelische] Siedlungen aufrechtzuerhalten, innerhalb kurzer Zeit wird es internen israelischen und internationalen Druck für einen Rückzug geben“.

Die Autoren fügten hinzu, dass der Staat Israel in einer solchen Situation „als Kolonialmacht mit einer Besatzungsarmee betrachtet werden würde – ähnlich wie die derzeitige Situation in Judäa und Samaria, nur noch schlimmer“. Sie wiesen darauf hin, dass die Palästinensische Autonomiebehörde in der palästinensischen Öffentlichkeit nur eine geringe Legitimität genieße und dass Israel aufgrund seiner früheren Erfahrungen mit der Übergabe der Kontrolle über den Gazastreifen an die Palästinensische Autonomiebehörde und der anschließenden Machtübernahme durch die Hamas „nicht denselben Fehler wiederholen sollte, der zu der jetzigen Situation geführt hat“.

Die andere Option, die Bildung einer lokalen arabischen Führung, die an die Stelle der Hamas tritt, ist dem Dokument zufolge nicht wünschenswert, da es keine lokalen Oppositionsbewegungen zur Hamas gibt und eine neue Führung wahrscheinlich radikaler sein wird. „Das plausibelste Szenario ist ... kein ideologischer Wandel, sondern eher das Entstehen neuer, möglicherweise noch extremerer islamistischer Bewegungen“, heißt es. Die Autoren erwähnen die Notwendigkeit, einen „ideologischen Wandel“ in der palästinensischen Bevölkerung herbeizuführen, und zwar durch einen Prozess, der mit einer

„Entnazifizierung“ verglichen wird. Israel müsse „die Lehrpläne diktieren und deren Anwendung für eine ganze Generation erzwingen“.

Schließlich wird in dem Dokument argumentiert, dass es bei einem Verbleib der Bevölkerung des Gazastreifens im Streifen „viele arabische Opfer“ während der zu erwartenden Wiederbesetzung des Gebiets geben würde, was dem internationalen Ansehen Israels noch mehr schaden würde als die Vertreibung der Bevölkerung. Aus all diesen Gründen empfiehlt das Geheimdienstministerium, die dauerhafte Verlegung aller palästinensischen Zivilisten aus dem Gazastreifen in den Sinai zu fördern.

Das Verteidigungsministerium, das Büro des Armeesprechers und das *Misgav-Institut* haben bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels noch nicht auf die Bitten von *+972.mag* um Stellungnahme reagiert. Alle eingegangenen Antworten werden hinzugefügt. (in der englischen Version auf *mag 972 – Ergänzung PaKo*)

Quelle: <https://www.972mag.com/intelligence-ministry-gaza-population-transfer/>

[1 https://de.scribd.com/document/681086738/Israeli-Intelligence-Ministry-Policy-Paper-on-Gaza-s-Civilian-Population-October-2023](https://de.scribd.com/document/681086738/Israeli-Intelligence-Ministry-Policy-Paper-on-Gaza-s-Civilian-Population-October-2023)

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de